

BLICKPUNKT ZUKUNFT

Zeitschrift mit Beiträgen und Zeitdokumenten zur
Friedens- und Zukunftsdiskussion

Herausgeber: Gesellschaft für Zukunftsmodelle
und Systemkritik e.V. – GZS

Okt. 1986 - Ausgabe 13

6. Jahrgang

ISSN 0720-6194 Preis: DM 4,-

Der erste Super-GAU des Atomzeitalters im Kernkraftwerk von Tschernobyl hat der Weltöffentlichkeit unmissverständlich gezeigt, daß die Nutzung der Kernenergie die mit Abstand gefährlichste zivile Technik ist, die der Mensch beherrschen will. Hält man sich die Störfall- und Fast-GAU-Statistik vor Augen, in der weit über 10 000 Vorkommnisse seit der Geburt der Atomindustrie registriert sind, so stellt man nüchtern fest, daß die Kerntechnik für den Menschen unbeherrschbar ist. Die friedliche Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung ist eine durchaus vergleichbare Gefahr für das Leben der Menschen wie der nukleare Rüstungswettlauf. Der Physiker Fritjof Capra sagte im Jahre 1982 in „Wendezeit zur Kernkraft folgendes: „Vor 25 Jahren beschlossen die Staatsmänner, 'Atome für den Frieden' zu nutzen, und stellten uns die Kernkraft als die zuverlässige, saubere und billige Energiequelle der Zukunft dar. Heute wird uns schmerzlich bewußt, daß die Kernkraft weder sicher, noch sauber, noch billig ist. Die gegenwärtig 360 in der ganzen Welt betriebenen und die Hunderte in Planung befindlichen Kernreaktoren sind zu einer großen Gefahr für unser Wohlbefinden geworden. Kernreaktoren setzen dieselben radioaktiven Elemente frei wie die Abfallprodukte von Atombomben. Tausende von Tonnen dieser toxischen Stoffe haben bereits als Folge nuklearer Explosionen und als Reaktorabfälle unsere Umwelt infiltriert. Da diese Stoffe weiterhin angehäuft werden in der Luft, die wir atmen, in der Nahrung, die wir zu uns nehmen, im Wasser, das wir trinken-nimmt auch unser Risiko zu, Krebs und Erbkrankheiten zu erwerben. Das gefährlichste dieser radioaktiven Gifte, Plutonium, ist spaltbar, kann also zur Herstellung von Atombomben benutzt werden. Auf diese Weise sind Kernkraftwerke und Kernwaffen unauflösbar miteinander verbunden; sie stellen beide nur unterschiedliche Aspekte derselben großen Bedrohung der Menschheit dar. Ihre fortgesetzte Weiterverarbeitung vergrößert täglich die Wahrscheinlichkeit der Auslöschung der Welt.“ Das sind deutliche Worte, die nach dem Super-GAU von Tschernobyl wohl endgültig ernst genommen werden müssen. Auch kann niemand mehr den friedlichen Kernkraftgegnern vorwerfen, sie würden mit ihren Argumenten übertreiben und wären fortschrittsfeindlich. Der Fortschritt, der sich aus jedweder Anwendung der Kernenergie formuliert, ist ein Fortschreiten in den „Atomstaat“, vor dem der Zukunftsforscher Robert Jungk seit Jahrzehnten warnt. Das Gefahrenpotential der gesamten Anwendungen, die die Atomindustrie produziert, war noch nie zu verantworten. Nach Tschernobyl wäre der weltweite Sofortausstieg aus allen Kernkraftanwendungen zur Stromerzeugung nur konsequent. Diese Forderung ist aber angesichts der großen Macht des „Industriellen-Militärischen-Atomaren-Komplexes“ illusionär. Aber es ist nicht illusionär, wenn überall in der Welt der Einstieg in den Kernenergieausstieg als Pflicht verstanden würde. Energiepolitisch und wirtschaftlich ist es möglich, ohne Kernenergie auszukommen. Viele Planspiele belegen, daß es durchaus ohne Kernenergie möglich ist, Strom in den Industriegesellschaften ausreichend zur Verfügung zu stellen.

Aber könnte nicht auch der Super-GAU signalisieren, daß wir generell unser bestehendes Industriegesellschafts-Paradigma so verändern müssen, daß es ohne harte Technik und mit weniger Energie in ein humanes, ökologisch gesundes Nachindustrielles Paradigma einmündet?

Der Begriff des Restrisikos, das sich aus der Nutzung der Kernkraftwerke ergibt, kann spätestens nach dem Super-GAU von Tschernobyl nicht mehr von den Kernkraftmanagern und verantwortlichen Politikern als verantwortbar bezeichnet werden. Restrisiko, das bedeutet faktisch, daß in jedem in der Welt in Betrieb befindlichen Kernkraftwerk jeden Moment eine Störung eintreten kann, die einen erneuten Super-GAU zur Folge haben könnte. 100prozentig auszuschließen ist ein Super-GAU in keinem Kernkraftwerk der Welt - egal, ob es mäßig, gut oder sehr gut dagegen gesichert ist! Deshalb spricht „man“ auch von verantwortlicher Seite von einem Restrisiko.

Bedenklich erscheint mir, daß gut fünf Monate nach dem ersten Super-GAU im Atomzeitalter sich die Einstellungen vieler führender Politiker in Ost und West gegenüber der weiteren Kernenergienutzung nicht drastisch geändert haben. Anstatt überall den Einstieg in den Kernenergieausstieg zu forcieren und die Forschungsprioritäten anderen, alternativen Energiequellen zuzuwenden, halten viele Länder weiterhin an der Kernenergie fest.

Aber es gibt ermutigende Anzeichen. Die Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik, in vielen anderen Ländern Westeuropas und in den Vereinigten Staaten lehnt die weitere Nutzung der Kernenergie mehrheitlich ab. Viele Länder nehmen zudem ernsthaft den Einstieg in den Kernenergieausstieg in Angriff; die USA haben übrigens schon nach dem Zwischenfall im Kernkraftwerk Harrisburg im Jahre 1979 kein neues Kernkraftwerk mehr genehmigt.

Wir sind alle mehr oder weniger aufgerufen, den Ausstieg aus der Kernenergienutzung mehrheitsfähig zu machen! Wir müssen gemeinschaftlich signalisieren, daß wir auch gewillt sind, gewisse wirtschaftliche Nachteile in Kauf zu nehmen, damit ein Leben ohne Angst und Gefahr möglich wird. Wir müssen der Atomkraftlobby dieser Welt zu verstehen geben, daß uns der Preis für den Atomstrom, der sich in Erbschäden, Krebserkrankungen, verstrahlten Flächen, ungenießbaren und schädlichen Lebensmitteln usw. berechnet, entschieden zu hoch ist! In dem Essay „Die Gefahr aber bleibt“ hält Jochen F. Uebel ein umfassendes, mit vielen neuen Fakten versehenes Plädoyer für einen raschen Ausstieg aus der Kernenergienutzung.

Werner Mittelestaedt

Inhalt:

Die Gefahr aber bleibt
von Jochen F. Uebel

Das 'GRUNDGESETZ ZUR SICHERUNG DES LEBENS'
als Verpflichtung für die gesamte Menschheit
von Dr. Lothar Schulze

Büchervorschläge zur Zukunftsdiskussion

Die Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik e.V.

Impressum

Die Gefahr aber bleibt

von Jochen F. Uebel

„Das Naturgesetz ist die letzte und absolute Autorität, welche diese Erde, welche wir unsere Mutter nennen, regiert. Dieses Gesetz vergilt uneingeschränkt in direktem Verhältnis zu den Überschreitungen. Dieses Gesetz ist nicht barmherzig. Es will genau das, was nötig ist, um das Gleichgewicht des Lebens aufrechtzuerhalten. Dieses Gesetz ist zeitlos und kann nicht nach den Normen der Menschheit festgelegt werden. Alles Leben ist dieser Autorität uneingeschränkt unterworfen. Das Naturgesetz besagt, daß die

Erde unseren Kindern gehört und wir die Hüter sind, die sie um allen Lebens willen verstehen, respektieren und beschützen müssen. Das Naturgesetz wird sich ohne Rücksicht auf von Menschen geschaffene Gesetze, Gerichte und Regierungen durchsetzen. Völker und Nationen, die das Naturgesetz verstehen, regieren sich selbst, indem sie den Grundsätzen der Liebe und des Respektes folgen - das sichert Freiheit und Frieden.“

Aus einer Botschaft des Ältestenrates der amerikanischen Indianer an die Generalversammlung der Vereinten Nationen (1982)

„Info3“, die undogmatische Anthroposophen-Zeitschrift aus Frankfurt, konstatiert den Deutschen neu erwachten „Wirklichkeitssinn“ - zum ersten Mal „nach 41 Jahren, nach dem Hiroshima-Geschehen“.

Ganz ähnlich Bundespräsident Richard von Weizsäcker: Die Bürgerreaktion nach Tschernobyl sei nicht Folge einer „gesteuerten Angstkampagne“, sondern Ausdruck „politischer Wachheit und Mündigkeit“.

Ein Bewußtseins-Fortschritt also. Franz Alt, „Report“-Moderator beim Südwestfunk, CDU-Mitglied und Autor von Büchern mit Millionenaufgabe („Friede ist möglich“, „Liebe ist möglich“): „Seit Tschernobyl stimmt die Richtung wieder.“ Die Richtung stimmt...

...doch stimmt auch die Geschwindigkeit? Lösen wir wirklich schon ein, was die Lektion Tschernobyl von uns als ein Minimum fordert? Und was hat Tschernobyl gefordert?

Die unerschütterte Selbstherrlichkeit, mit der die Atomgemeinde die Frist für's eigene Abdanken immer noch selbst sich setzen will, und die erneute Lethargie, mit der die Bevölkerung sich auf diese Fristen fast klaglos einzulassen beginnt, läßt Schlimmes ahnen. Läßt vermuten, daß die Mahnung Tschernobyls eben nicht hinreichend verstanden worden ist.

Nicht verstanden in der Bevölkerung - sonst wäre sie, die doch auf das intensivste bedroht wird von der atomaren Industrie, längst in einen Generalstreik getreten, hätte längst wirklich revoltiert - um sich zu retten.

Und nicht in den Regierungen - sonst hätten auch sie sich, mit all ihrer Gewalt, mit allen Instrumenten der Notstandsverordnung und der Richtlinienkompetenz, von dieser Bedrohung befreit, über Nacht. Denn auch ihre Existenz wird von dem atomaren Feuer auf das Heftigste bedroht. Kann ein geordnetes Staatswesen je denkbar bleiben, wenn, eines fernes oder einestages, es zu einem zweiten Tschernobyl kommen sollte, dieses Mal aber dann vielleicht direkt an unserer Grenze, inmitten hochsensibilisierter Völker?

Der anarchistische Charakter der Atomindustrie, von dem selbst in der „Frankfurter Allgemeinen“ nun schon offen die Rede ist (siehe FAZ vom 7. Mai bzw. Trendwende 3/86*) - in Deutschland repräsentiert vom Konzerngiganten Siemens, dessen Tochterfirma KWU die einzige deutsche Unternehmung ist, die Atomkraftwerke plant, verkauft und baut - der anarchistische, weil jedes, individuelle wie staatliche Leben bedrohende Charakter dieser Industrie ist, so scheint es jetzt, fünf Monate nach Tschernobyl, noch immer nicht hinreichend bewußt.

Eine Befürchtung, die wir belegen wollen. Denn wenn sie richtig ist und wenn es zudem noch stimmt, daß in den letzten Jahren neben und unter und hinter der Atomenergie noch ganz andere Gefahren heraufgezogen sind, die der Kernspaltung nicht nur ebenbürtig sind, sondern sie sogar noch überbieten - dann werden Selbstverständnisse und Arbeit einer Trendwende empfindlich berührt.

(Anmerkung der Redaktion: Der Autor Jochen F. Uebel ist Herausgeber der Monatszeitschrift „Trendwende“. In unserer Zeitschriftenempfehlung in diesem Heft ersehen sie das Konzept dieser Zeitschrift.)

Dann müssen wir uns von der Trendwende-Redaktion und unseren Lesern, zumindest jetzt, zumindest dies eine Mal, die Frage stellen:

Ist die Prognose einer Trendwende, wenn damit mehr gemeint sein soll als nur oberflächliche Schönheitskorrektur des Laufes der Ereignisse, - ist solch eine Prognose noch lauter?

Wo Gefahr aber ist, wächst das Rettende auch (Hölderlin). Aber kann die Geschwindigkeit, mit der sich, ohne Frage, vieles zum Besseren zu wenden beginnt - nicht nur im Energiebereich, wie wir seit vier Jahren zeigen (Anmerkung der Redaktion: In der Zeitschrift Trendwende, die seit dem Jahre 1982 existiert, wurden alle Fakten und Erscheinungsformen einer „Energiewende“ im besonderen und eines Paradigmenwandels im allgemeinen veranschaulicht und hinterfragt.) - kann dieser Geschwindigkeit von Kurskorrektur schon genügen? Und wenn sie nicht genügen kann - welche Konsequenzen müssen wir dann daraus ziehen?

Ist denn nicht schon heute abzusehen, daß die Mega-gefahren und Mega-Bedrohungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts uns werden einholen müssen? Weil das kollektive Lernen, trotz allem, zu langsam geblieben ist - selbst jetzt noch, wo uns eine Mega-Katastrophe anzutreiben versucht?

Bisher hatten wir Charakter und Stärke der positiven Veränderungen** so interpretiert, daß eine Art „neuer Zeit“ schon jetzt kräftig genug geworden sei, um dem Vermächtnis des Alten, um dem Vermächtnis der Vergangenheit hinreichend Paroli bieten zu können. Unsere Kommentare** ließen an diesem Standpunkt keinen Zweifel. Wir waren uns der Krise bewußt, gleichzeitig aber voll des Vertrauens, daß der Zug der Erneuerung den allgemeinen Lauf der Dinge mehr und mehr wird prägen können - und eines Tages auch umlenken wird.

Und gänzlich sicher waren wir, daß Umkehr spätestens dann beginnen, Erwachen spätestens dann einsetzen kann und wird, wenn es dann doch, was wir uns nie wünschen wollten, zu einer größeren Katastrophe gekommen ist.

War dies nicht die Meinung von sehr vielen Menschen? „Bevor nicht irgendwo und irgendwann einmal etwas Schreckliches passiert, wird der Mensch zur Umkehr nicht imstande sein. Wir lernen durch Fehler“, so hieß es allenthalben, und manche ganz Pessimistischen sagten sogar: „Nur durch Fehler lernen wir.“

Wir hingegen hatten Vertrauen in die Fähigkeit zum „antizipativen“, zum vorausschauenden Lernen - und waren gerade deshalb so sicher, daß spätestens nach solch einem Desaster, spätestens dann, die Menschen lernen würden: das sie aufwachen, daß sie ausreichenden „Wirklichkeitssinn“ entwickeln und bereit sein würden zu konsequentem Tun.

Fortsetzung auf Seite 3

Nun gab es solch einen Einbruch. Und was war? Kein Zweifel: Ansätze eines Umdenkens waren da in diesen Wochen**. Wo aber blieben die wirklich handfesten Veränderungen im Handeln? Und was soll, wenn nun Tschernobyl nicht ausgereicht hat, noch weiter geschehen - nach Seveso, nach Harrisburg, nach Bhopal, und dann - nach Tschernobyl?

Was muß noch mehr geschehen, damit wirkliche Umkehr möglich wird, nicht nur mit Worten, sondern in der Tat? Umkehr kompromißlos, konsequent, vollständig - so, wie das biblische *matanoite*, mit "tuet Buße" nur schwer verständlich übersetzt, es sagt: "Kehret um!"? Womit eben beides gemeint ist: Einkehr und Umkehr: innehalten, bei sich selbst einkehren, sich nach innen wenden - um dann, zur Besinnung gekommen, die Umkehr nach Außen auch wirklich zu vollziehen, unerschütterlich.

Ich wage nicht daran zu denken, was ein "Noch mehr" bedeuten wird. Denn die Grenze des Erträglichen hatte Tschernobyl erreicht. Welche Mutter, welches Kind, welches Tier, welche Pflanze - wer je wäre bereit zu sagen: "Mehr davon, mehr davon!" Noch sind nicht alle aufgewacht!?"

Kein fühlendes Wesen kann sich bereit erklären, ein Tschernobyl noch einmal hinzunehmen, auch nur noch ein einziges weiteres Mal. Ist das Maß nicht längst über-randvoll?

Die Gefahr ist geblieben: Noch ist das Soll nicht erfüllt

Und doch ist ein "nächstes Mal" nun möglich geblieben, weil sich an unserem Tun so gut wie nichts geändert hat. Tschernobyl hat uns zu warnen versucht - und doch haben wir, bis heute, die Warnung nicht hinreichend ernst genommen. Noch immer halten wir Atomkraftwerke in Betrieb...

Und dies wird die Besorgnis weiter wachsen lassen. Das lebensfeindliche Klima ist inzwischen so stabil, daß die atomare Totalbedrohung selbst dann bestehen bleibt, wenn die Völker sorgsam gezielte "Schläge mit dem Zen-Stock" (Michael Heesemann in "Magazin 2000", PF 22 23, D-3400 Göttingen) erhalten. Längst haben wir uns viel weiter ins Lebensfeindliche vorgewagt, als die meisten Menschen zu ahnen bereit sind. Von der Bereitschaft zu wissen ganz zu schweigen.

So können wir die Überzeugung, daß die Krise des ausgehenden 20. Jahrhunderts gemeistert werden wird, nur weil sich doch "so vieles Positive" tut, nicht mehr un-gebrochen teilen: nicht nach der richtigen und guten - und doch, summa summarum, so schwachen Reaktion auf das Feuer am Ural.

Haben sich die klassischen Wege gesellschaftlicher Veränderung - Aufklärung, Information, Protest, Demonstration, Wahlen, parteipolitische Arbeit -, inzwischen nicht als unzulänglich erwiesen? Wo bleiben die Erfolge, die dem *prinzipiellen* Gang der Dinge eine Korrektur anlegen? Und wo, vor allem, bleiben die Erfolge, die künftig die Geburt neuer Feinde und die Geburt neuer Gefahren verhindern können?

Aber auch nach den unkonventionellen Ansätzen muß gefragt werden, nach Besinnung, Gebet, nach Meditation: haben denn nicht auch sie sich als unzureichend erwiesen, *in dem Maß, wie sie derzeit nur geübt werden?* Schützen sie uns denn schon, beugen sie denn den Gefahren schon hinreichend vor?

Selbst mit einer gigantischen Großkatastrophe im Rücken bringen wir noch immer nichts anderes zustande, als daß die selbstmörderische Zivilisation des 20. Jahrhunderts weiterhin über ihre Kursänderung nur *nachdenkt* und *diskutiert*, sie aber nicht, obwohl dies längst überfällig wäre, auch *vollzieht*. Das aber kann, wie wir auch zeigen werden, nicht länger genügen.

Wenn wir also nicht Positives und Negatives, Lebensförderliches und Destruktives, Aufbauendes und Zersetzendes, wenn wir nicht die Prozesse der Gesundung, Heilung und Erneuerung und die der Kränkung, Störung und Zerstörung gegenüberstellen, dann haben wir kein Recht,

allein schon aus den positiven Keimen, die es fraglos gibt, schon die Geburt einer neuen Zeit abzuleiten.

Die entscheidende Frage ist nicht, ob und wo es positive Ansätze und Entwicklungen gibt: Das ist nur eine Frage. Zwar selbstverständlich eine wichtige, denn sie fördert eine Perspektive, die hoffnungsvolle Entwicklungen stärkt und stabilisiert. Und die deshalb auch weiterhin unsere Perspektive, die Perspektive der *Trendwende* bleiben wird, selbst dann, wenn es Zeit für's Apfelbäumchen wäre.

Die entscheidende Frage jedoch ist: Sind derzeit die positiven Ansätze und Entwicklungen den sich immer weiter verschärfenden Prozessen der Zersetzung und Einebnung überhaupt noch ebenbürtig?

Verwirrung und Verwirren des Denkens halten an

Robert Jungk am 5. Mai in der "Tageszeitung":

Wir müssen dieser Zivilisation der Pannen weniger Kompromißbereitschaft zeigen... Es gibt da nichts zu "reformieren", sondern nur einen radikal anderen Kurs zu erarbeiten, der nicht Wirtschaftlichkeit, sondern das Überleben der Menschen und der Umwelt in den Mittelpunkt stellt. Wer da von Anfang an auf die "politische Machbarkeit" schießt, bewirkt, daß am Ende fast nichts machbar ist, sondern der Protest der Geängstigten nur dazu mißbraucht wird, die Ursachen ihrer Sorge ein bißchen umzukostümern, damit die Akzeptanz des Nichtakzeptierbaren gesichert bleibt und die Karre weiter in den Abgrund rennen darf.

Die Umkostümierung, die Robert Jungk, dieser alte, sich selbst immer treu gebliebene, nie resignierende Kämpfer hier angesprochen hat - ist sie nicht schon längst wieder in Gang? Jene Figur, die nun als "Bundesumweltminister" fungiert, nachdem sie in Frankfurt für zahllose Schändigungen der Natur verantwortlich war, wollen wir hier gar nicht erwähnen. Sie ist, angesichts der Tatsache, daß sie schon seit 1978 im Aufsichtsrat eines der größten Stromkonzerne der Bundesrepublik, der PreußenElektra, sitzt, jedenfalls als "Umwelt"minister ein Widerspruch in sich: schon nicht mal mehr ein schlechter Witz. Ein plumper Betrug am Volk - nichts mehr. Nehmen wir uns ruhig auch einmal die andere Seite vor:

Was, so müssen wir fragen, sollen wir davon halten, wenn die Umweltbesorgnis, nur wenige Monate nach Tschernobyl, die *grundsätzliche* Frage der Atomenergie wieder fallenläßt und sich von den Meinungsingenieuren der Gegenseite auf vollkommen triviale Nebengleise der Atom-Problematik hat ziehen lassen?

Schon ist allenthalben zu hören, "nicht alle AKWs, die es in der Bundesrepublik gibt, können von einem Tag auf den anderen abgeschaltet werden": so eine Broschüre des hessischen "Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V.". Denn auf die Folgen eines kurzfristigen Sofortausstiegs seien wie "zu wenig eingestellt".

Welch ein *Mangel* an Wirklichkeitssinn! Sind wir denn auf die Folgen eines zweiten Tschernobyl "eingestellt"? Wir werden es nie sein können.

Atomkraftfreunde schüren allerdings die Angst noch in ganz anderer Manier: malen, für den Fall einer Abkehr von der Atomindustrie, so große Negativfolgen an die Wand, daß der unbedarfte Bürger sich kaum mehr zu getrauen wagt, überhaupt noch nach den Folgen eines zweiten Tschernobyl auch nur zu fragen: nach den ungeheuren Schäden, gerade auch volkswirtschaftlich, die auch nur ein einziger geplatzter deutscher Reaktor nach sich zöge, und nicht nur für die Bundesrepublik, sondern für zahlreiche Nachbarländer auch.

Kohl, der Tauscher, spricht jetzt von einer "totalen wirtschaftlichen Verelendung und Massenarbeitslosigkeit", die ein Ausstieg aus der Atomenergie zur Folge habe:

Fortsetzung auf Seite 4

Kohl, der Kanzler, verschweigt, daß die Atomindustrie, einschließlich ihrer gesamten Zuliefererindustrie, nur ganze 60 000 Menschen beschäftigt, vom Arbeitsplatzangebot notwendiger Nachfolgeindustrien ganz zu schweigen.

Strauß, der Verführer, setzt das Wort vom „drittklassigen Entwicklungsland“ in die Welt, zu dem die Bundesrepublik „unweigerlich absinken“ werde, wenn sie sich von der Atomindustrie lösen sollte:

Strauß, der Ministerpräsident, verschweigt, daß ein atomarer Super-GAU, in einem so dichtbesiedelten Land, wie es die Bundesrepublik ist, zu einem Bedarf an internationaler Hilfestellung führen würde, wie er gigantischer nicht zu denken ist.

Vermutungen und Hoffnungen - die einzigen „Grundlagen“ unserer Sicherheit

Von den Gewählten hingegen kein Wort - Welch eine Schande auch für die Wählenden - über die unweigerliche wirtschaftliche Verelendung ganzer Landstriche, wenn ein Atomreaktor platzt:

kein Wort von dem Verlust nicht nur der Arbeitsplätze, sondern vor allem vom Verlust all derer, die solche Arbeitsplätze ausfüllen können, wenn nach einem atomaren Großunfall die todbringende Strahlungswolke ganze Landstriche durchzieht:

kein Wort von dem verheerenden Verlust technologischer, politischer und wirtschaftlicher Reputation, die die Bundesrepublik - noch - besitzt, wenn sich die Würfel der Wahrscheinlichkeitszufälle für den nächsten Super-GAU einen deutschen Reaktor auswählen sollten. Kein denkbare ökonomisches Risiko hat je dem Extremrisiko der Atomenergie entsprochen: jener Möglichkeit, daß ein Reaktor zerspringt und Millionen Menschen ins ökonomische Chaos reißt.

Und so zielt die Diskussion, an der sich selbst kritische Bürger zu beteiligen beginnen, am Kern der Problematik mehr und mehr vorbei: „Wieviel Zeit haben wir für den Ausstieg?“ Wir „haben“ nicht eine Sekunde davon! Allerdings nehmen wir sie uns, ungefragt, noch immer, Tag für Tag, Woche für Woche, in der puren Vermutung - fast möchte man, wenn das keine Beleidigung der Kinder wäre, in der kindischen Vermutung - daß bis dahin nicht noch einmal etwas Schlimmes passiert. Eine Vermutung - „Grundlage“ unserer Sicherheit...

Wir hoffen doch lediglich, daß sich die Wahrscheinlichkeitswürfel als gnädig erweisen werden! Bis hin zu dem Punkt in ungewisser Zukunft, an dem wir uns bequem, vom Atom künftig die Finger zu nehmen. Sicherheit, auf der „Grundlage“ von Hoffnung...

Kaum daß der bittere Kelch an uns vorbeigezogen ist, treiben wir mit dem Schicksal schon wieder einen Handel, fordern wir es schon wieder heraus. Und noch ist Sommer, noch kommt erst der Herbst, noch hätten wir Zeit bis zu der nächsten „Bedarfsspitze“ des Stromverbrauchs, dann, im Winter. Welch ein Angebot! Noch können wir, ohne Schmerzen! Trotz schwerster Fehler beim Umgang mit der Natur wird uns Zeit zugestanden... und wir nutzen sie nicht. Welch eine Situation...

In diesem Konflikt zwischen „Restrisiko“ und Lebensinteresse stehen, ohne Zweifel, die Atombefürworter nackt und hilflos da. Kein ethisches Argument, auf das sie sich je stützen könnten; keine Möglichkeit, das gigantische „Restrisiko“ jemals aus der Welt zu schaffen; kein Ausweg, über dem Vorwurf, das Leben millionenfach zu gefährden, je zu entkommen sein wird.

Es ist diese argumentative Ausweglosigkeit der Atomindustrie und ihrer politischen Trosse, hier, wo es um den Kern der Kernenergie geht, die, wenige Wochen nach Tschernobyl, zu jener überraschenden Wendung in der öffentlichen Diskussion zwangsläufig hat führen müssen: Das Restrisiko, das gigantische, das Tschernobyl hat annehmen wollen, verschwand ebenso schnell aus der öffentlichen Diskussion, wie es, nach vielen Jahren der

Verdrängung, kurz und heftig wieder aufgetaucht war. Als Ersatz hob eine unerträgliche Besserwisseri dar- über an, wer das bessere „Einstiegsszenario“ für „den“ Ausstieg habe: der noch nicht einmal beschlossen ist! Szenarien, die, gemessen an dem weiterhin geduldeten Super-Risiko, alle gleichermaßen schlecht und falsch und unangemessen sind - weil sie nur ein und dieselbe Unmöglichkeit variieren: das Schicksal weiter hin, noch über Jahre hinaus, herauszufordern.

Welch ein gelungenes Ergebnis von „Meinungsinszenierung“, Welch ein Erfolg der „Meinungsingenieure“, Welch eine „Meinungsseuche“, wie sie der „Jedermann“ (Hauptstr. 99, D-8992 Wasserburg) so treffend benennt.

Der Philosoph André Glucksmann: „Katastrophen wie die in Tschernobyl kündigen den nuklearen Tod Europas an, und doch scheinen wir offiziell davon nicht betroffen zu sein. Was Wunder, wenn die Ängste der Bevölkerung sich in nebensächlichem Geschwätz ein Ventil suchen und sich auf Scheinfragen und Ersatzschuldige verlagern.“

Wir summen, sagt Glucksmann, „wie Fliegen in einem verschlossenen Glas“: Unser Reden zielt an dem Eigentlichen vorbei...

Die unmenschliche Forderung nach „Fehlerfreiheit“

Zwei Erklärungen werden uns für das Unglück angeboten: menschliches Versagen („Schlamperei“, ein Wort Gorbatschows) und technische Rückständigkeit („Blechdosenreaktor“, ein Wort irgendeines subalternen CDU-Politikers)

„Schlamperei“: Seit Jahrzehnten schon wird angemahnt: Die Folgen menschlichen wie technischen Versagens in der atomgestützten Energieversorgung können so gewaltig, können so gewalttätig sein, können so obszön die Grenzen humaner Dimensionen übertreten, daß nur vollkommene Fehlerfreiheit - menschlich, wie technisch -, zu akzeptieren wäre. Und das ist eine unmenschliche Forderung. Doch niemand hatte hören wollen: Und so mußte Tschernobyl, als bittere Medizin, den Nachweis liefern.

In einem „Zeit“-Aufsatz hat Erhard Eppler, einer der wenigen Nachdenklichen unter den Politikern, dies so ausgedrückt:

Eine Technik, gegenüber der Menschen nicht versagen dürfen, ohne daß ein ganzer Kontinent in Angst und Schrecken gejagt wird, ohne daß eine gänzlich unbekannte Zahl von Kindern im Laufe von Jahrzehnten daran zugrunde geht, ist wohl keine menschengerechte Technik. Wenn früher der Kutscher auf dem Bock einschloß, so waren die Pferde meist vernünftig genug, diesem „menschlichen Versagen“ nichts Schlimmes folgen zu lassen. Das menschliche Versagen eines Jumbo-Piloten hat Auswirkungen, die schon kaum mehr zu verantworten sind. Das menschliche Versagen oder der menschliche Zerstörungswahn in einem Brüter hätte Folgen, die weit jenseits alles Verantwortbaren lägen.

Deutlich wird hier, wer eigentlich die „alternative Welt“ anstrebt: nicht die harmlosen Graswurzler sind es, sondern die Mitglieder der kühl-rechnenden, rabiaten Techno-Sekte. Sie zielen ab auf eine Welt nach neuen Gesetzen, sie wollen „Ausstieg“, sie wollen eine andere Wirklichkeit.

Sehr viel mehr als den „Normalbetrieb“ halten die Druckkessel nicht aus

Und dann das „technische Versagen“. Deutsche Atommeiler (die meisten werden allerdings nach amerikanischen Lizenzen gebaut) seien so „sicher“, daß schwerste Unglücke „sehr unwahrscheinlich“ und „so gut wie“ auszuschließen seien. Und also sei „das Risiko“ äußerst gering.

Aber welches Risiko ist gemeint? Das Risiko, daß ein Unfall passiert?

Im Mittelpunkt der technischen Probleme steht der Druckbehälter: jenes Gehäuse, das den strahlenden, superheißen Kernbrennstoff mitsamt dem flüssigen Kühlmittel unter höchsten Druck umschließt.

Auf den Ernstfall hin getestet werden diese Druckbe-

Fortsetzung auf Seite 5

halter allerdings nur unter a-normalen Bedingungen. Wo beim Versagen des Kühlsystems innerhalb von Sekunden der Druck astronomische Größen erreicht, wo im Ernstfall in Sekunden die Temperaturen in dem Druckbehälter um Hunderte Grad schwanken können, da wird, als "Test" vor Inbetriebnahme der Kessel, ihr Innendruck langsam, ganz langsam, über Stunden und Tage hinweg, bei steter Temperatur, aufgebaut, und zwar unter Vermeidung auch geringster Erschütterungen, vorsorglich. Natürlich: Der millionenteure Kessel soll den "Test" ja heil überstehen.

Keine Vibrationen werden simuliert, wie sie anspringende Turbinen erzeugen, wenn sie hunderte Tonnen Wasser umzuwälzen haben, keine Erschütterungen werden simuliert, wie sie reiße Rohre und platzende Ventile hervorrufen können - nichts.

Wenn jedoch bei einem Ernstfall in realiter der Druck in Sekunden hochschnellt, wenn das Material durch extreme Temperaturschwankungen äußersten Beanspruchungen ausgesetzt wird - Kühlmittel erhitzen sich rapide, Kühlmittel verdampfen, Notkühlsysteme springen an, riesige Pumpen pressen unter größtem Druck Kühlmassen ganz anderer Temperaturen in den revoltierenden Kern -, und wenn es dann auch noch zu Erschütterungen kommt, wie sie beim Anspringen großer Turbinen jederzeit denkbar sind: dann beginnen sich feste Materialien anders zu verhalten als unter harmlosen Testbedingungen.

Bei hohem Druck, bei Erschütterungen zumal und härtesten Schwankungen der Temperatur können solche Kessel zerspringen wie sprödes Glas. Die einschlägigen "Risikostudien" wissen das und erwähnen das - schieben jedoch diese Möglichkeit durch "gedankliche Verkleinerung" ("Spiegel") so sehr an den Rand der Betrachtungen, daß sie praktisch nicht mehr existiert: Weil andernfalls kein Meiler je genehmigt werden könnte.

Die Möglichkeiten technischen Versagens „sind fast unbegrenzt“

Der „Berstschutz“, von dem uns Regierungspolitiker nach Tschernobyl fortwährend vorgeschwärmt haben, gibt es also nicht: in keinem Reaktor weltweit. Er wäre auch viel zu teuer.

Der „Sicherheitsbehälter“, der den Reaktor und den eigentlichen Druckkessel umhüllt, ist, wie der „Weser-Kurier“ in den Tagen des Unglücks festgestellt hat, „gerade noch für den Fall ausgelegt, daß einer der großen Rohranschlüsse am Reaktordruckbehälter abbricht“. Die Zeitung weiter:

Würde das Druckgefäß, in dem die Brennstäbe stecken, selbst zerspringen, flöge der Sicherheitsbehälter unter dem Druckstoß sofort auseinander... Einen hundertprozentig wirksamen Berstschutz zu bauen ist praktisch nicht möglich.

Im Gegenteil: Wer weitere, zusätzliche Sicherheitssysteme einführt und damit die Komplexität des Gesamtsystems erhöht, erhöht damit seine Störanfälligkeit. Und das nicht nur linear, etwa nach dem Motto: „So viele Pumpen sind installiert, also können so viele Pumpen versagen.“ Systemwissenschaftler wissen, daß kleine Fehler in hochkomplexen Systemen - und die Atomreaktoren gehören zu den komplexesten Maschinen, die der Mensch sich je ausgedacht hat - sich durch das ganze System fortpflanzen und dabei an Bedeutung zunehmen können, weil die Subsysteme auf vielfältige Weise miteinander verflochten sind. So daß selbst aus einer kleinen Instrumentenstörung am Ende der Super-GAU entstehen kann: der „Butterfly-Effekt“.

Der Atomphysiker Klaus Traube hierzu:

Die Analyse vieler glimpflich verlaufener Beinahe-Unfälle in Kernkraftwerken zeigt häufig das gleiche Bild: Das Aufeinandertreffen ganz und gar unvermuteter banaler Vorfälle ist der wahrscheinlichste Grund für die Auslösung eines schweren Unfalls. Die Kombinationsmöglichkeiten von einzelnen Mechanismen technischen Versagens und menschlicher Fehlbehandlungen sind angesichts der Komplexität von Kernkraftwerken schier unbegrenzt. Darin liegt letztlich der Grund dafür, daß trotz hohen Aufwands für Sicherheit mit dem katastrophalen Kernschmelzunfall gerechnet werden muß und daß vor allem Prognosen über die Wahrscheinlichkeit dieses Unfalls unsinnig sind.

In Tschernobyl, so nehmen manche Fachleute an, war das auslösende Moment für den Unfall ein ganz ordinärer Stromausfall des öffentlichen Netzes, das auch die elektrischen Aggregate des Atommeilers speist. Gleichzeitig sprangen die dieselbetriebenen Notstromgeneratoren nicht an...

Schon hier also Betrug: Denn bei weltweit 400 Reaktoren kann, auch bei Annahme der sehr optimistischen Eintrittswahrscheinlichkeit von einem Unfall pro Reaktor in zehntausend Jahren, nicht mehr von einem „geringen“ Risiko gesprochen werden: Immerhin muß dann mit einem Reaktorunfall alle fünfundzwanzig Jahre gerechnet werden.

Risikoaussagen können nur „die Wahrscheinlichkeiten des Eintretens von Schadensfällen“ benennen, wie Walter Christoph Zimmerli, Professor für Philosophie in Braunschweig und Zürich, im „Spiegel“ (24/1986) schreibt. Wann jedoch und wo diese Schadensfälle sich ereignen, das, so Zimmerli, „kann uns die statistische Analyse selbstverständlich nicht sagen“. Seit wann auch würfeln wir nur bei jedem sechsten Wurf die Sechse?

Die Riesenhubers zeigen uns jedoch die Kreidepfoten und schmeicheln: „Glaubt! Glaubt uns! Wenn, dann platzen unsere Reaktoren doch erst in zehntausend Jahren. Westhalb die dreißig Jahre, die sie betrieben werden, doch gänzlich sicher sind.“

Ganz Schleswig-Holstein, ganz Niedersachsen, ganz Nordrhein-Westfalen

Und das Risiko der Unfallfolgen? Hier von „vertretbar“ und „gering“ zu sprechen, ist teuflisch.

Eine Studie der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK), die unter Leitung des Vorsitzenden der RSK, Alfred Birkhofer, stand, ergab 1979, daß bei einem schmelzenden Reaktorkern mit geborstene Sicherheitsbehälter in dichtbesiedeltem Gebiet als zwangsläufige Folgewirkung mit 14 500 Soforttoten und 104 000 „Spätfolgetoten“ zu rechnen sei: Wobei das Wort „Spätfolgetote“ noch nicht einmal diejenigen meint, die erst in vielen Jahren an Krebs erkranken werden. Gemeint sind die, die in den Folgewochen und -monaten den Tod finden müssen.

Gelegentlich wird hinzugefügt, diese Studie sei unter extrem ungünstigen Annahmen entstanden, so z.B. unter der Annahme angeblich „extrem ungünstiger Wetterlagen“, nämlich: Die atomare Wolke weht über dichtbesiedeltes Gebiet und regnet sich dort auch noch ab. Nur: Neun deutsche Atommeiler stehen in dichtbesiedeltem Gebiet.

Andere Studien zeigen, daß ein GAU zum Beispiel in Stade ganz Schleswig-Holstein und Niedersachsen zur Evakuierung zwänge: „Betreten verboten“; - zeigen, daß die Wackersdorfer Plutoniumfabrik, nach nur fünf Jahren, eine langlebige Radioaktivität enthalten wird, die der von 192 000 detonierten Nagasakibomben gleicht: Ein Prozent dieser Radioaktivität, das freikäme, und noch in 750 Kilometer Entfernung - also zum Beispiel in Bremen, in Berlin, aber auch vor den Toren von Paris, je nach Windrichtung - würde die radioaktive Wolke ein Gebiet von 85 000 Quadratkilometer so schwer verseuchen, daß es nicht mehr zu bewohnen wäre: - zeigen, daß im Fall einer Katastrophe im „Schnellen Brüter“ von Kalkar bei ungünstiger Wetterlage nicht nur ganz Nordrhein-Westfalen, sondern auch Holland und weite Teile Belgiens für immer unbewohnbar werden würden; ganz Europa wäre verseucht.

Sir Brian Flowers, Vorsitzender der britischen Royal Commission, wies schon 1977 darauf hin, daß bei einem Brüterunfall eine zehn- bis hundertmal höhere Schadenswirkung eintritt als bei einem Unfall ziviler Leichtwasserreaktoren, die wiederum ein Vielfaches dessen an Radioaktivität enthalten, was ein militärisch genutzter Reaktor à la Tschernobyl in sich birgt.

Der Todesjongleur im Bonner Forschungsministerium aber bezeichnet den schnellen Brüter und die Wackersdorfer Plutoniumfabrik obszön als „Höhepunkt einer optimalen Industrielandschaft“...

Fortsetzung auf Seite 6

Das weltweite Störfall-Register zählt mittlerweile Zehntausende Ereignisse

Den Besorgten gibt die Wirklichkeit inzwischen fast täglich recht:

- * Allein in den ersten beiden Monaten dieses Jahres gab es weltweit wieder fünfzehn schwere Zwischenfälle.
- * In den dreizehn Jahren von 1971 bis 1984 haben die internationalen Atombehörden 151mal schwere, „nennenswerte Störfälle“ registriert; die Zahl der weltweit dokumentierten „leichteren“ Störfälle geht mittlerweile in die zehntausende. Allein im ersten Halbjahr 1976 registrierte allein die US-Atomaufsichtsbehörde über 5 000 Störfälle.
- * Seit Geburt der Atomindustrie waren, schon vor Tschernobyl, ein weiterer Super-GAU und sechs Fast-GAUs registriert worden: Kyshtym (1958, UdSSR: ein Zwischenlager explodierte; Tausende Tote, seither hundert Quadratkilometer unbewohnbar), Windscale (Schottland, 1957), Detroit (USA, 1966), Browns Ferry (1975, USA), Three Miles Island (1979, USA), Bugey (1984, Frankreich), Davis-Besse (1985, USA).
- * Nach Angaben des Bundesinnenministeriums gab es in den Atommeilern der Bundesrepublik allein in den Jahren 1982 bis 1984 insgesamt 427 Störfälle, wobei ein Störfall der schwersten und 84 Vorkommnisse der mittelschweren Kategorie entsprochen hatten. 42mal kam es zu Schnellabschaltungen der Meiler, ein Vorgang, bei dessen Versagen der Super-GAU schon bedenklich nahe vor der Türe stehen kann. Als Ursache wird 123 mal technisches, 103mal menschliches Versagen angegeben. 190 Störfälle jedoch hatten „andere Ursachen, oder die Ursache blieb unbekannt“. Mit anderen Worten: Bei wahrscheinlich nahezu der Hälfte aller Störfälle ist nicht einmal bekannt, warum sie aufgetreten waren! Wie aber will man sie dann auf Dauer vermeiden?
- * In den Vereinigten Staaten, das Land mit den weltweit meisten und ältesten Reaktoren, nehmen die Störfälle inzwischen von Jahr zu Jahr zu und machen das vergangene Jahr zum Rekordjahr: zehn schwere Zwischenfälle.

Die offizielle Atomaufsichtsbehörde NRC gibt einem Super-GAU in den USA bis zum Jahr 2000 mittlerweile eine Wahrscheinlichkeit von 45:55...

Atomares Risiko: Es kennt keinen Vergleich

Das Problem unserer Zeit liege nicht darin, daß ihre Risiken größer sind als die vergangener Zeiten, „sondern lediglich darin, daß wir uns zunehmend über die Frage uneins sind, welche Risiken akzeptabel und welche nicht tolerierbar sind“, behauptete Klaus Heilmann, ein Arzt und Medizinprofessor, auf der diesjährigen Tagung der Gesellschaft für Sicherheitswissenschaft, weshalb, weil sich also ja nichts geändert habe, „den Menschen in einer technischen Gesellschaft die Notwendigkeit für die Aufrechterhaltung von Fortschritt aufzuzeigen“ sei.

Das atomare Restrisiko sei vergleichbar mit den zahlreichen „normalen“ Lebensrisiken, die wir - seit unserer Geburt - automatisch eingehen müssen. Und so sei das Atomrisiko „ethisch verantwortbar“: sagt die Atomindustrie, sagt die Politik.

Denn die Wahrscheinlichkeit eines atomaren Super-GAUs, gewiß ja kein alltägliches Ereignis, gleiche der rechnerischen Wahrscheinlichkeit, mit der uns der berühmte Dachziegel auf den Kopf fallen kann. Und flugs übergehen die Atomgläubigen den Unterschied des eigentlichen Gehalts solcher Unglücke: Eine Schädelwunde steht ganzen Landstrichen und Kontinenten gegenüber, die unbewohnbar, verseucht oder auch „nur“ in Angst und Schrecken versetzt worden sind.

Und so können sie, weil sie den unterschiedlichen Gehalt beider Ereignisse nicht erwähnen und nur ihre ähnliche Eintrittswahrscheinlichkeit anführen, sagen: Wenn der theoretische Dachziegel „verantwortbar“ ist,

dann ist es auch der Super-GAU.

Ein diabolisches und, bedenkt man die fachliche Unbedarftheit einer noch immer wissenschaftsgläubigen Bevölkerung, ein geradezu heimtückisches Argument. Denn nicht nur der dümmliche Dachziegel - kein je denkbarer Unfall wird mit atomaren Super-GAUs je zu vergleichen sein:

- * Kein menschengemachter Unfall hat je eine Folge gekannt, die Jahrhunderte, Jahrtausende, Jahrhunderttausende und Jahrmillionen weiterwirken kann. Radioaktivität kennt diese Dimension. Langlebige Spaltprodukte sind - fast - unsterblich: Sie strahlen, strahlen, strahlen - über Jahrmillionen hinweg.
- * Kein menschengemachter Unfall hat je eine Folge gekannt, die so unweigerlich Zehntausenden, Hunderttausenden, Millionen Menschen das Leben kosten kann, mit einem Schlag. Radioaktiver Fallout aus einer havarierten Wiederaufbereitungsanlage aber kennt diese ungeheuerliche Dimension.
- * Kein menschengemachter Unfall hat je eine Folge gekannt, die so unweigerlich das Erbgut nicht nur hunderter, tausender und zehntausender Generationen, sondern die Integrität und Unversehrtheit aller Generationen, die je kommen können, bedrohen kann. Radioaktive Strahlung aus havarierten Kernkraftwerken aber kennt diese Dimension. Und:
- * Auch schon im „Normalbetrieb“, wenn das störungs- und pannenreiche Dasein dieser Strahlungsmaschinen je so genannt werden kann, wird minütlich, stündlich, täglich, wöchentlich, monatlich und Jahr für Jahr ein Maß an Strahlung frei, dessen Bedenklichkeit auch keine noch so raffiniert-täuschende Statistik je aufzufangen in der Lage ist.
- * Keine menschengemachte Technik hat je die nachkommende Geschichte des Menschen derart gravierend in zwingende Pflichten genommen wie die Technik der Nutzung atomarer Bindeenergien: Deren Abfälle haben Zerfallszeiten, die Jahrzehntausende währen. Plutonium verliert die Hälfte seiner höllischen Gefährlichkeit erst nach 24 000 Jahren. Werden die Menschen in 24 000 Jahren dann überhaupt noch fähig sein, 24 000 Jahre alte Warn- und Vorschriftstafeln unterirdischer Atommülldeponien zu lesen? Werden sie dann überhaupt noch lesen können?

Schon heute fallen auf eine Million Geburten 30 000 Mißbildungen. Ursache: „unbekannt“. Demnächst sollen, allen wissenschaftlichen Erkenntnissen über die unbegrenzten Gefahren radioaktiver Niedrigstrahlung zum Trotz, die zulässigen Grenzwerte für radioaktive Belastungen bundesweit gelockert werden: bei Atomarbeitern für das Knochenmark von 5 auf 15 Rem, für die Haut von 30 auf 50 Rem; bei der übrigen Bevölkerung für das Knochenmark 30 auf 90 Millirem, für die Haut von 180 auf 300 Millirem, für die Schilddrüse von 90 auf 180 Millirem (jeweils pro Jahr).

Der Grund: Den Strahlungs„schutz“behörden ist es sonst nicht länger möglich, die Bevölkerung damit zu beruhigen, die Belastung läge „innerhalb der zulässigen Grenzwerte“. Professor Jens Scheer, Bremen: „Das ist die Wende zum Atomstaat.“

Auch das kleinste Risiko bleibt immer zu groß

Längst steht die Anti-Atom-Bewegung mit rigoroser Skepsis dieser Art nicht mehr allein. Ein Beispiel von unzähligen: der „Weser-Kurier“ (Bremen) am 10. Mai 1986 - eine ganz normale Tageszeitung wie viele andere auch:

Es gibt kein von Menschen zu handhabendes Risikopotential - abgesehen von der Rüstung - das mit einem Schläge eine so große Katastrophe auslösen kann wie ein Kernreaktor. Ein Fehler der Bedienungsmannschaft, ein unglücklich verkettetes technisches Versagen kostet einer sehr viel größeren Anzahl von Menschen das Leben, als jede andere von Menschen ausgelöste Katastrophe.

Keine andere Katastrophe, außer Krieg, kann eine Gesellschaft politisch, zivilisatorisch und kulturell so zurückwerfen, wie eine Reaktorkatastrophe. Würde sich in der Bundesrepublik eine Reaktorkatastrophe wie in Tschernobyl ereignen, müßte sofort der Notstanc ausgerufen werden. Das heißt Diktatur. Militär müßte den engeren Bezirk um die Reaktorrüine absperren und die Menschen daran hindern, mit ihren verseuchten Kleidern und Autos zu fliehen und damit

andere zu gefährden. Das Elend der verängstigten Menschen wäre nur einer Kriegssituation vergleichbar.

Die Experten erklären nach bestem Wissen und Gewissen, daß eine Reaktorkatastrophe des Ausmaßes von Tschernobyl in der Bundesrepublik, wenn auch nicht unmöglich, so doch äußerst unwahrscheinlich ist; daß die Gefährdung durch die deutschen Kernkraftwerke - zahlenmäßig gerechnet - weit niedriger zu veranschlagen ist als die allgemein in Kauf genommenen Risiken des normalen Lebens.

Gewichtet man die Zahlen, bewertet man die Unterschiede des Risikos der Kernenergienutzung gegenüber den anderen Risiken, dann wird man wohl zu dem Schluß kommen müssen, daß dieses Risiko zu groß ist. Eine Reaktorkatastrophe sollte auf gar keinen Fall möglich sein.

So ist dies die erste Lehre für uns: Jede Sekunde ist ein Unglück möglich, auch hier, bei uns, in unserer Heimat, vor unserer Haustür. Ein Unglück, das unermessliches Leid über alle bringen kann, gleich, welcher Landstrich in der tödlichen Stille atomarer Strahlung versinkt.

Überall sind wir direkt betroffen, denn überall leben Menschen, die wir lieben. Überall sind schon Menschen am Werk, die, wie wir, die Erde heilen wollen. Und die nach einem Tschernobyl in unserer Nähe, wenn sie denn überleben, es unendlich schwerer haben werden, sich diesem Ziel zu nähern.

Wer aber wollte, wer könnte überhaupt Derartiges "verantworten"? Kann man sagen: "Ich habe einen Kontinent verseucht"?

Können solche Dimensionen - Individuum versus Kontinent, Individuum versus zehntausend Jahre, Individuum versus Millionen Menschen - können solche Dimensionen überhaupt zusammengedacht werden? Kann ein einzelner für Geschehnisse, die sich in den nächsten 24 000 Jahren ereignen können, "Verantwortung übernehmen"?

Von der Folgelast und der Folgedauer der Atomindustrie "wird unser traditioneller Verantwortungsbegriff gleichsam erdrückt", schreibt der Braunschweiger Züricher Philosophie-Professor Walther Christoph Zimmerli im "Spiegel" (24/1986: "Ausstieg aus der Ethik?").

"Eine Handlung aber", so fährt Zimmerli fort, "für die niemand die Verantwortung übernehmen kann, gilt nach den Kriterien einer Verantwortungsethik als ethisch nicht legitimierbar." Und also hätten wir nie gedurft, was wir da tun: weder vor Tschernobyl, weder nach Tschernobyl.

Es ist also genau andersherum, als der bayrische Kultur(!)minister Maier zu dieser Problematik so mal eben lässig anmerkt: man dürfe die Verantwortlichkeit doch bitte nicht "bis ins Endlose und Absolute" dehnen.

Es ist umgekehrt. Wer in der Atomenergie Verantwortlichkeit annimmt, "dehnt" die Verantwortlichkeit nicht: Er führt verantwortliches Denken überhaupt erst wieder ein. Die "Süddeutsche Zeitung" am 14. Mai 1986: "Nicht die Umwertung, sondern die Entwertung aller Werte ist der letzte große Preis des Fortschritts... Daß gerade wertkonservative Politiker ihn begeistert zu zahlen bereit sind, ist die letzte große Pointe der atomaren Realsatire."

Herbert Gruhl, Autor von "Ein Planet wird geplündert", ehemals CDU-Mitglied und heute Vorsitzender der konservativen Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP), bezweifelt allerdings, und wahrscheinlich zu Recht, daß es sich hier noch um "Konservative" handeln kann...

„Es kann morgen wieder passieren“

Ist es nun Unwissenheit, ist es mangelnde Lernbereitschaft, ist es, meinetwegen, mangelnde Lernfähigkeit, die Politik und Wirtschaft trotzdem so anders handeln lassen - so, als sei dieses Risiko gar nicht existent?

Nein. Man weiß im Grunde sehr wohl um dieses gigantische Restrisiko, auch, wenn man in der Regel, um keine schlafenden Hunde zu wecken, so tut, als sei es nicht existent.

Das ist die zweite schauerliche Erkenntnis, keine scheint in diesen Tagen schwerer zu fallen als sie: Daß die maßgebenden Kräfte des Atomzeitalters durchaus nicht sich "verrannt" oder "geirrt" haben oder "fehlge-

gangen" sind. Diese unerträgliche Bedrohung wurde und wird in das Leben der Völker bewußt und willentlich eingeführt. Bewußt und willentlich.

Schnell gesagte Äußerungen, deren Implikation in den Tagen Tschernobyls meist nicht hinreichend bedacht worden sind, zeigen dies:

Helmut Kohl: "Absolute Sicherheit gibt es für keinen Bereich des menschlichen Lebens."

Hermann Schäuble, Bundesminister im Kanzleramt: "Es gibt natürlich keine absolute Sicherheit - die gibt es im Leben überhaupt nicht."

Franz Josef Strauß: "Es ist ein letztes Risiko bei der modernen Technik überhaupt nicht zu vermeiden."

Hermann Krämer, Vorstandsvorsitzender der Preußen-Elektra: "Absolute Sicherheit gibt es nirgendwo, auch wir können einen Störfall nicht völlig ausschließen."

Sir Brian Flowers, Pionier der "Atomic Energy Authority" des United Kingdom schrieb einst: "Absolute Sicherheit ist eine Illusion, und die Versicherung, die die Öffentlichkeit wünscht, nämlich, daß dieser Reaktor absolut sicher ist und keine Gefahr für die Öffentlichkeit darstellt", kann niemals gegeben werden."

Klaus von Dohnanyi, Bürgermeister von Hamburg: "Das Risiko eines Reaktorunfalles ist auch hier prinzipiell gegeben."

Das "BMFT-Journal", die Quartalsmitteilung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (2/1986): "Wie in allen technischen Systemen verbleibt ein Restrisiko..., das seine Ursache letztlich im begrenzten menschlichen Erkenntnisvermögen hat."

Alfred Birkhofer, Reaktorsicherheitskommission: "Es wäre vermessend, etwas auszuschließen, obwohl ich weiß, daß wir alles Erdenkliche tun, um etwas auszuschließen."

Für die Bundesregierung stellte Staatssekretär Dr. Fröhlich schon am 17. August 1978 auf eine Anfrage hin fest: "Trotz des sehr hohen Sicherheitsaufwandes ist es im mathematischen Sinn nicht korrekt, von einer Unmöglichkeit großer Reaktorzwischenfälle mit Auswirkungen auf die Umgebung zu sprechen."

Graf Lambsdorff: "Ein Restrisiko, das niemand beseitigen kann, bleibt selbst bei denkbar strengsten Sicherheitsbestrebungen, bleibt auch bei uns."

Friedrich Zimmermann: "Niemand von uns ist so vermessend, zu behaupten, daß bei uns ein Unfall nicht auftreten kann. Selbstverständlich können wir nicht mit absoluter Sicherheit ausschließen, daß in unseren Anlagen nukleare Gefahren auftreten können."

Udo Jansen, Sprecher der PreußenElektra: "Jeder, der Sicherheitsanalysen gemacht hat, und das habe ich, weiß, daß Wahrscheinlichkeiten, auch sehr kleine Wahrscheinlichkeiten, nie etwas ausschließen."

Alfred Dregger: "Wir haben keine Garantie, daß uns für alle Zeit Katastrophen erspart bleiben."

Volker Hauff, SPD-Energieexperte, ehemals Bundesforschungsminister: "Jedes technische System hat ein Risiko. Wer etwas anderes behauptet, sagt die Unwahrheit. Ein solcher Fall (wie Tschernobyl) ist bei uns zwar unwahrscheinlicher, weil die Sicherheit höher ist. Aber er ist keineswegs ausgeschlossen."

Einen Hinweis, daß das Bundesinnenministerium als Behörde, und nicht nur ihr einer oder anderer Vertreter, die Gefahr sehr wohl kennt, lieferte am 22. Mai die "Mittelbayerische Zeitung". Dort kam Peter Blazejewski, Leiter der Regensburger Dienststelle für Selbstschutz, zu Wort: "Wir haben schon seit langem - längst vor der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl - die klare Anweisung, im Falle von Störfällen in zivil genutzten atomaren Anlagen zu schweigen. Dies gilt auch ausdrücklich für Ohu und Wackersdorf." Auf die Frage der Redaktion der "Mittelbayerischen Zeitung", woher diese Anweisung stamme, nennt Blazejewski das Bundesinnenministerium und die Bundeszentrale des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS).

Hans Blix, Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO), Wien: "Die Kernkraftphysiker ha-

Fortsetzung auf Seite 8

ben ja nie gesagt, daß kein Unfall passieren kann. Die Wahrscheinlichkeit ist gering, aber nicht ausgeschlossen. Jetzt ist es passiert. Es kann morgen wieder passieren. Wenn man ehrlich ist, kann man dies nicht ausschließen."

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (16.05.86): „In Wirklichkeit wird niemand behaupten wollen, verantwortliche Politiker aus dem Lager der Union wüßten nicht, welche Gefahren das Atomprogramm mit sich bringt.“

Gerhard Schröder, Niedersachsen: „Man muß halt mit einem Restrisiko leben...“

Der Zeitfaktor ist es, der noch nicht hinreichend berücksichtigt wird

Seinen allernächsten Lebensbereich richtig einrichten. Bei sich selbst anfangen. Der Bedrohung, der Destruktivität allenfalls einmal in die Augen blicken – sich dann aber auf das Positive konzentrieren. Dem Negativen keine weitere Macht geben in unserem Herzen, dadurch, daß wir ihm auch noch Aufmerksamkeit schenken.

Ein Standpunkt, der auch weiterhin der unsrige ist. Nur: „Das Positive“, auf das wir unser Augenmerk jetzt lenken sollen gerade angesichts der ungeheuren Gefahr – dieses „Positive“ definiert sich nicht von selbst. Es ist sehr wohl eine Frage, wie wir unsere Lage einschätzen, die dann bestimmen wird, welche Maßnahmen wir – für uns selbst, für unsere Mitmenschen – ergreifen wollen, um die Situation zu ändern.

Und ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß ein Großteil dessen, was an „Entgegnung“ auf die lauernde Gefahr gedacht, propagiert und vor allem auch getan wird, der gigantischen Größe des Problems überhaupt noch nicht gerecht werden kann.

Gerade in einem Punkt läßt sich das wunderschön zeigen: Längst akzeptiert man allenthalben, daß es, am Ende, wohl doch auf eine „tiefgreifende Bewußtseinsveränderung“ hinauslaufen wird, die bei jedem einzelnen Menschen jetzt angemahnt wird. Daß aber solche „tiefgreifenden Bewußtseinsveränderungen“, wie die Geschichte zeigt, oft viele viele Generationen Zeit in Anspruch nahmen, ja, daß es vielleicht überhaupt noch keine Zeit gab, in der das Bewußtsein der Menschheit sich so gravierend zu ändern hatte, und daß wir, zudem, dieses Mal wahrscheinlich nur einen Bruchteil der Zeit besitzen, die anderen Epochen für viel harmlosere Umbrüche zur Verfügung stand: das wird nur gelegentlich erwähnt – und so gut wie nie berücksichtigt.

Eine schier ausweglose Situation: Eine Erneuerung ist fällig, die vielleicht tiefgreifender, radikaler ist als je zuvor in der Geschichte. Und gleichzeitig ist die Zeitspanne, die für diesen Umbruch zur Verfügung steht, geringer als je zuvor – wenn härteste, schmerzhafteste, ganz katastrophale Schläge, zu denen Tschernobyl nur ein lauer Vorgeschmack war, vermieden werden sollen.

Die Veränderung muß gigantisch sein – aber die Zeit, die uns inzwischen noch zur Verfügung steht, ist minimal.

Hier ist der eigentliche Kern meiner Motive, die ich den Lesern an dieser Stelle und in den nächsten Ausgaben von *Trendwende* noch einmal auf einen Streifzug durch die Gefahren zu bitten, die uns bedrohen. Damit wir, gemeinsam, ein Gefühl dafür entwickeln, welch ein gigantisches, alles umfassendes, totales Ausmaß die Krise inzwischen bekommen hat, in der wir uns befinden und, so scheint es, auf deren Spitze wir jetzt mit Riesenschritten uns zubewegen beginnen: Die Zeit der Entscheidungen naht.

Wenn der Zeitpunkt gekommen sein wird, an dem das inzwischen hochvernetzte Super-System „Menschheit, Ende des 20. Jahrhunderts“ sich wird entscheiden müssen, ob es einen neuen Funktionsmodus annimmt, der weitere Entfaltung und weiteres Überleben auf einer neuen Ebene sicherstellt, oder ob es aufgrund der Übermacht innerer Turbulenzen und einem Mangel an richtungsweisender innerer Kohärenz sich selbst auflösen wird, dann werden

Individualaktivitäten an dem einen oder anderen Ort des Systems überhaupt keinen Einfluß mehr haben:

Ab einem gewissen Punkt der Entwicklungsgeschichte vernetzter Systeme enthält die Eigendynamik einen „Drive“, der unter keinen wie immer gearteten Umständen noch beeinflußt werden kann. Dann hat sich das System entschieden, dann gibt es ein Zurück nicht mehr, dann ist all das, was dann noch folgt, nur noch Ausführung dessen, zu dem das Ganze sich unabänderlich entschlossen hat.

Die Aufgabe also: auf das Ganze Einfluß nehmen, solange die Zeit dazu noch bleibt...

* * *

Anmerkungen

* siehe *Trendwende* Ausgabe 3/86, Worpsswede, Mai 1986

** siehe *Trendwende* Ausgabe 4/86, Worpsswede, Juni 1986

Wichtiger Hinweis: Dieser Beitrag mußte aus Platzgründen leicht gekürzt werden. Den vollständigen Essay „Die Gefahr aber bleibt“ können Sie bei der *Trendwende*-Redaktion gegen Vorauszahlung von DM 5,- erhalten. Übrigens wird von „Die Gefahr aber bleibt“ ein zweiter Teil in der September Ausgabe von *Trendwende* erscheinen. Beachten Sie bitte die Anzeige zu „*Trendwende*“!

Anzeige

Trendwende

Trendwende ist ein unabhängiger Informationsdienst und erscheint monatlich.

DAS KONZEPT DER TRENDWENDE:

Die *Trendwende* wird für all diejenigen herausgegeben, die nach einer organischen, schrittweisen Veränderung suchen. Der knappe Informationsdienst hat gegenüber umfangreicheren Zeitschriften mehrere wichtige Vorzüge:

- * Seine Konzentration auf Wesentliches läßt Ihnen Zeit für selbstbestimmende Informationsvertiefung.
- * Anzeigenfreiheit verhindert, daß die Informationsauswahl und -sortierung, die wir Ihnen abnehmen, von außen wieder unterlaufen wird, und sichert unsere absolute Unabhängigkeit.
- * Der geringere Produktionsaufwand erlaubt höhere Aktualität und ermöglicht die nötige wirtschaftliche Rentabilität auch schon bei kleineren Auflagen. So können wir bei steigender Auflage unseren Informationsservice problemlos ausbauen und verfeinern.

Insgesamt ein Konzept, das ankommt. Zahl der Abonnenten am 1. August 1986: 1700. Druckauflage zuletzt 2 500.

Bezugsbedingungen:

Vorauszahlung: Abonnements und Einzelausgaben werden nur nach Vorauszahlung geliefert. Rechnungen für Ihre Buchhaltung senden wir Ihnen gerne auf Wunsch nach Zahlungseingang. **Bezugspreis:** Jahresabonnement (12 Ausgaben) Inland: DM 60,-; Ausland DM 70,-. Einzelausgaben DM 5,-, jeweils inkl. 7% MwSt., Porto und Versand. Bei Auslandssendungen ohne MwSt. **Zahlungsweise:** Per Überweisung, Scheck oder Abbuchungserlaubnis. **Bankverbindung:** Kreissparkasse Osterholz (BLZ 291 523 00), Konto 315 481. **Postgiroverbindung:** Postgiroamt Stuttgart (BLZ 600 100 70) Konto 1016 84 - 708. **Dauer des Abonnements:** Abonnements enden mit Lieferung der 12. Ausgabe auch dann, wenn keine Kündigung vorliegt. Auf das Abonnementsende weisen wir jedoch rechtzeitig hin, so daß auf Wunsch verlängert werden kann. **Kündigungen:** Jederzeit ohne Kündigungsfrist auch vor Ablauf des Abonnements möglich. Restguthaben werden zurücküberwiesen.

Verlag und Redaktion:

Jochen F. Uebel (verantwortlich)
Hinterm Berg 81, PF 12 60, D-2862 Worpsswede
Telefon: 04792 - 17 16

Das 'GRUNDGESETZ ZUR SICHERUNG DES LEBENS' *

als Verpflichtung für die gesamte Menschheit

von Dr. Lothar Schulze

***Vorbemerkung:** In diesem Beitrag wird - im Gegensatz zur ersten Skizze vom Juli 1983 (siehe Fußnote) - zwischen dem 'GRUNDGESETZ DER SCHÖPFUNG', als unabhängig von der Existenz der Menschheit geltendes Gesetz, und dem 'GRUNDGESETZ ZUR SICHERUNG DES LEBENS', als von der UNO zu verabschiedende juristische Formulierung dieses Gesetzes, unterschieden. Damit ist die Hoffnung verbunden, daß dadurch die Zusammenhänge deutlicher gemacht werden können.

Unser derzeitiges Rechtssystem reicht zur Lösung der heutigen Probleme nicht mehr aus.

Seit einigen Jahrzehnten ist eine Situation eingetreten, die es nie vorher gegeben hat: Der Mensch hat sich die technischen Mittel geschaffen, mit denen - gewollt oder ungewollt - dem Leben oder dem höheren Leben auf der Erde ein Ende bereitet werden kann. Das Leben auf unserem Erdball ist also in gefährlicher Weise bedroht. Doch, wer Widerstand gegen Entwicklungen leistet, die als Ursache anzusehen sind, kommt häufig in Konflikt mit unseren Gesetzen. Es wird gesagt, daß das Widerstandsrecht des Grundgesetzes nur gegen diktatorische Maßnahmen in Anspruch genommen werden dürfe.

Werden die Gerichte selbst für den Schutz des Lebens angerufen, so stellt sich oft heraus, daß viele Argumente der Kläger keine sogenannten 'gerichtsverwertbaren Fakten', sondern nur Möglichkeiten darstellen und deshalb für das Gericht keine Handhabe liefern. Außerdem ist es schwer, bei der Diskussion das Entscheidende herauszuarbeiten und sich nicht in Detailörterungen zu verlieren. Dadurch wird die juristische Behandlung fast unmöglich gemacht oder eine Entscheidung getroffen, die in die falsche Richtung geht. - Eines aber müßte allen klar sein: Sollten die Befürchtungen einmal Realität werden, so wären die Folgen nicht absehbar.

In der Physik hat man es leichter. Da kann man sich die Lösung vieler Fragen dadurch vereinfachen, daß man sie auf ein Grundgesetz zurückführt. Man benötigt z.B. keine Konstruktionsprüfung eines Perpetuum mobile, sondern kann auf den 1. Hauptsatz der Wärmelehre hinweisen, der aussagt, daß ein Perpetuum mobile nicht möglich ist.

Wenn wir voraussetzen, daß es für unsere Welt als Ganzes auch ein allgemeingültiges Gesetz, nämlich ein *GRUNDGESETZ DER SCHÖPFUNG* gibt, könnten wir dieses in eine juristische Form als allübergreifendes Weltrecht (*GRUNDGESETZ ZUR SICHERUNG DES LEBENS*) bringen und damit die Bemühungen derer absichern, die sich für die Erhaltung alles Lebens einsetzen.

Die Voraussetzung eines *GRUNDGESETZES DER SCHÖPFUNG* ist deshalb sehr wichtig, weil es ein aussichtsloses Unterfangen sein dürfte, alle (juristischen) Gesetze, die in aller Welt Geltung haben, zu prüfen und so umzuändern, daß sie in jedem Falle den Schutz des Lebens auf der Erde garantieren. Mit Hilfe eines weltweit gültigen *GRUNDGESETZES ZUR SICHERUNG DES LEBENS*, das vor allen nationalen Gesetzen Vorrang hat und auf dem *GRUNDGESETZ DER SCHÖPFUNG* basieren müßte, wäre diese Schwierigkeit zu umgehen. Wenn man es berücksichtigt, erhält man auf viele Fragen einfache und zweifelsfreie Antworten. Man braucht sich z.B. nicht mehr auf ein 'Raketenzählen' oder die Diskussion 'Erstschlagwaffen oder nicht' bei Rüstungsproblemen einzulassen. Auch die Gefährdung des Lebens späterer Generationen durch die Kernkraftwerke müßte aus der Perspektive dieses Gesetzes gesehen werden.

Das GRUNDGESETZ DER SCHÖPFUNG muß anerkannt werden

Die hier begonnene Argumentation steht und fällt mit der Frage, ob wir anerkennen wollen, daß es - unabhängig von der Existenz der Menschen - ein *GRUNDGESETZ DER SCHÖPFUNG* gibt und wie es etwa lauten könnte. - Es dürfte für Menschen wohl kaum möglich sein, den Sinn der Welten über die Milliarden Jahre ihrer Existenz zu verstehen. Wenn man aber die Entwicklungsgeschichte unseres Erdballs verfolgt und zu begreifen sucht, so ist eines festzustellen: Es entwickelte sich das Leben, und es wurde immer wieder dafür

gesorgt, daß es als Ganzes erhalten blieb, auch, wenn einzelne Arten zwischendurch ausgestorben und durch neue ersetzt worden sind. Das waren aber Prozesse, die sich - im Vergleich zu den Zeitdimensionen des Menschen - in außerordentlich langen Zeiträumen abspielten.

Neuere Forschungen deuten darauf hin, (erwähnt in der Vorführung 'Die Außerirdischen' im Planetarium Wolfsburg) daß es, wenn überhaupt, nur ganz wenige Planeten innerhalb unseres ungeheuer großen Milchstraßensystems geben mag, auf denen Leben entstehen könnte. Außerdem scheinen die Bedingungen für das Leben auf der Erde sehr eng begrenzt zu sein (Zusammensetzung der Atmosphäre, Luftdruck und mittlere Temperatur). Es wird befürchtet, daß es für diese Bedingungen - wie bei den Gewässern im Kleinen - auch ein 'Umkippen' geben könne. Das heißt, daß beim Über- oder Unterschreiten von bestimmten Grenzwerten sich die Bedingungen für das Leben noch weiter verschlechtern und dieser Prozeß nicht mehr aufzuhalten ist. Ein völlig lebensfeindlicher Planet - wie die Milliarden von anderen im Weltall - wäre die Folge. Dann gäbe es nach einer durch unseren Leichtsinn hervorgerufenen globalen Katastrophe nicht einmal mehr einen 'Staat der Gräser und Insekten', wie ihn Jonathan Scheil in seinem Buch 'Das Schicksal der Erde' noch für möglich erachtet. Am Ende stünde dann 'der zweite Tod' (in Scheils Definition die Auslöschung der Art) für alles Leben auf der Erde, vielleicht auch des einzigen Lebens in unserer Galaxie (Milchstraßensystem). Dann müßte der ungeheuer geduldige Versuch der Natur, innerhalb von Milliarden von Jahren vernunftbegabte Wesen hervorzubringen, als gescheitert angesehen werden. - Für welches auch noch so schwerwiegende Problem unserer Generation wäre diese mögliche Konsequenz zu verantworten?!

Jeder, der in größeren Dimensionen außerhalb des Horizonts seines eigenen Lebens denken kann, müßte dann wohl der Formulierung zustimmen: Das *GRUNDGESETZ DER SCHÖPFUNG* fordert die Erhaltung des Lebens auf dieser Erde. Das bedingt ein Gleichgewicht in der Natur, das der Mensch nicht zerstören darf.

Um nun diesem *GRUNDGESETZ DER SCHÖPFUNG* Rechnung tragen zu können, muß als juristisch weltweit verbindliche Handhabe ein *GRUNDGESETZ ZUR SICHERUNG DES LEBENS* ausgearbeitet werden. Hier wird nur ein Entwurf vorgestellt. Es ist unausweichlich, daß sich möglichst viele, vor allem Juristen des Völkerrechts, damit befassen, um ihm schließlich in einer ausgereifteren Form internationale Geltung zu verschaffen. Durchsetzbar dürfte dieses Gesetz allerdings nur sein, wenn sich die Ausgangsbasis unserer Ethik entsprechend ändert.

Die 'Kopernikanische Wende' in der Ethik

Unsere heutige Ethik entspricht noch dem Ptolemäischen Weltssystem, das die Erde in den Mittelpunkt des Alls stellte. Seit ca. 450 Jahren, nämlich seit Kopernikus, wissen wir, daß das nicht so ist. Die Ethik hat jedoch dieser anderen Sicht nicht Rechnung getragen. Bei ihr und im politischen Handeln ist heute noch der 'Mensch das Maß aller Dinge'. Das auf den Menschen bezogene (anthropozentrische) Wertesystem wird meist sogar zum egozentrischen, wenn die Weltprobleme nur nach den eigenen Bedürfnissen oder bestenfalls denen einer Gruppe (Partei, Volk, Bündnisssystem usw.) bewertet werden.

Die Menschheit braucht deshalb heute dringend die 'Kopernikanische Wende in der Ethik', wenn der Bestand des Lebens gesichert werden soll. D.h. anstelle der auf den Menschen bezogenen Sichtweise muß die Beachtung des *GRUNDGESETZES DER SCHÖPFUNG* treten, also des Prinzips, das alles Leben schützt.

Das GRUNDGESETZ ZUR SICHERUNG DES LEBENS

Wie bereits gesagt, helfen unsere derzeit gültigen Gesetze nicht, die Gefahr der Vernichtung des Lebens auf der Erde zu bannen. Zumindest indirekt ist es sogar möglich, mittels demokratisch herbeigeführter Mehrheitsentscheidung das Ende alles Lebens zu beschließen. Dies soll die Beachtung des *GRUNDGESETZES DER SCHÖPFUNG* verhindern. Obwohl es den Rang eines Naturgesetzes

Fortsetzung auf Seite 10

hat, ist sein Charakter anders. Es existiert - wie das Naturgesetz - auch ohne juristische Formulierung und unabhängig vom Menschen. Doch kann man - im Gegensatz zu diesem - dagegen verstoßen. Die Folgen können dann allerdings - wie schon gezeigt wurde - unermeßlich und nicht verantwortbar sein. Um das zu vermeiden, muß das Gesetz juristisch formuliert und als weltweit geltendes Recht anerkannt werden. In diesem Entwurf wird es dann GRUNDGESETZ ZUR SICHERUNG DES LEBENS genannt und könnte wie folgt aussehen:

Präambel

In einer Zeit, in der es dem Menschen möglich geworden ist, die gesamte Schöpfung zu zerstören und in der auch die Gefahr ständig zunimmt, daß dies geschieht, haben wir (die UN) es unternommen, die wichtigsten Regeln des GRUNDGESETZES DER SCHÖPFUNG so in eine juristische Form zu bringen, daß sie handhabbar sind. Wir hoffen, daß diese Bemühungen nicht schon zu spät kommen.

Die Völker der Welt sind aufgerufen, das so entstandene GRUNDGESETZ ZUR SICHERUNG DES LEBENS ohne Verzögerung auch in ihrer eigenen Rechtsprechung zu berücksichtigen, damit keine Märtyrer unter denen geschaffen werden, die sich um die Einhaltung dieses Gesetzes bemühen.

Paragraph 1

Es sind alle Handlungen verboten, die - direkt oder indirekt - zum Ende alles Lebens oder des höheren Lebens auf der Erde führen könnten.

Paragraph 2

Es sind alle Handlungen verboten, die - direkt oder indirekt - die Ausrottung oder das Aussterben von einzelnen Tier- und Pflanzenarten zur Folge haben könnten.

Paragraph 3

Bereits die Gefährdung der Existenz der Schöpfung oder des Lebens von Arten ist ein Verbrechen, da der Schaden nicht wieder gutzumachen ist, wenn er einmal - als Folge der Gefährdung - eintreten sollte.

Paragraph 4

Jeder hat die Pflicht, im Rahmen seiner Möglichkeiten Verbrechen gegen das GRUNDGESETZ ZUR SICHERUNG DES LEBENS zu verhindern oder bereits begangene rückgängig zu machen.

Paragraph 5

Nichts, das gegen das GRUNDGESETZ ZUR SICHERUNG DES LEBENS verstößt, ist abstimmbar, bzw. durch eine Mehrheitsentscheidung - auch nicht der z.Zt. lebenden gesamten Weltbevölkerung - legalisierbar.

Paragraph 6

Da die möglichen Schäden durch eine Mißachtung des GRUNDGESETZES ZUR SICHERUNG DES LEBENS niemals wieder gutzumachen sind, hat es Vorrang vor allen anderen Gesetzen, die die Menschen zur Regelung ihrer Angelegenheiten geschaffen haben.

- - -

Dies sind nur die wohl wichtigsten Paragraphen. Doch, wer sie anerkennt, muß die Weltprobleme zwangsläufig ganz anders sehen. Da wäre z.B. jeder Widerstand gegen die atomare Rüstung nicht nur ein Recht, sondern sogar Pflicht. Doch die Verpflichtung geht weit darüber hinaus. Die Perspektive der gesamten Politik sähe ganz anders aus. Fast alles, was uns als unser normales Handeln - ohne daß wir darüber nachdenken - selbstverständlich geworden ist, müßte überprüft und ggf. geändert werden.

Es sollte für jeden leicht einsichtig sein, daß materielle Werte, die den Lebenden dienen, nicht das Risiko der Totalvernichtung rechtfertigen. Aber auch ethische tun dies nicht; denn sie sind nur sinnvoll in Verbindung mit menschlichem Leben. Was wäre Freiheit auf einer Erde, auf der kein Leben mehr existiert?

Eine strengere Fassung des GRUNDGESETZES ZUR SICHERUNG DES LEBENS müßte z.B. auch noch die Beeinträchtigung der Lebensmöglichkeiten späterer Generationen durch die Folgen heutiger Fehlentscheidungen berücksichtigen, auch, wenn sie nicht direkt lebensbedrohend sind. Doch, um solche Regeln durchsetzen zu können, müßte die 'Kopernikanische Wende in der Ethik' schon sehr weit fortgeschritten sein.

Die Aufgaben der Politiker

Gustav Heinemann hat schon lange vor seiner Zeit als Bundespräsident einmal gesagt: "Nicht alles ist zu tun erlaubt, was der Mensch

tun kann. Wenn Völkerrecht und sittliches Gebot, wenn Gottes Weltregiment noch etwas gelten sollten, so ist mit den Massenvernichtungsmitteln unserer Zeit eine Grenze erreicht, die der Mensch nicht überschreiten darf. Hieran hat sich das politische Handeln auszurichten."

Wie das Bundesverfassungsgericht unsere Politiker zwingt, grundgesetzwidrige Gesetze zu ändern, so können auch die Politiker der Großmächte und ihrer Verbündeten in Ost und West sich nicht der Aufgabe entziehen, ihre Politik dem GRUNDGESETZ ZUR SICHERUNG DES LEBENS anzupassen. - Über die damit verbundenen - kaum überwindbaren - Schwierigkeiten darf man sich dabei natürlich keine Illusionen machen. Aber zunächst gilt es einmal, dafür überhaupt ein allgemeines Bewußtsein zu schaffen; denn nur, wenn ein Problem in unserem Bewußtsein existiert, kann eine Lösung möglich werden.

Eine Ausrichtung der Politik nach den Regeln des GRUNDGESETZES ZUR SICHERUNG DES LEBENS hätte den Abbau der derzeitigen Machtstrukturen - sowohl in den privatwirtschaftlich orientierten als auch in den sozialistischen Ländern - zur Voraussetzung. Die Mächtigen werden sich dagegen wehren. Bei uns ist leider das Horrorschlagwort 'Systemveränderung' dazu eine wirksame Waffe. Wir dürfen uns dadurch nicht irritieren lassen. Es geht um die Suche nach einem 'Dritten Weg' in eine menschlichere Welt, wenn wir die 'Kopernikanische Wende in der Ethik' anstreben. Das GRUNDGESETZ ZUR SICHERUNG DES LEBENS soll uns die juristische Legitimation geben, uns mit allen gewaltlosen Mitteln im Sinne Gandhis - die auch als 'nichtverletzende Gewalt' bezeichnet werden - für die Erhaltung des Lebens auf unserer wunderschönen Erde einzusetzen.

Die Kirchen als mögliche Wegbereiter

Leider sind die großen christlichen Kirchen ihrer Aufgabe, die durch das GRUNDGESETZ DER SCHÖPFUNG (also ohne die juristische Formulierung, die ja erst noch erfolgen muß) gegeben ist, bisher nicht ausreichend nachgekommen. Sie hätten dem Verfall des sittlichen Bewußtseins mit aller Entschiedenheit entgegenwirken müssen. Im Mittelalter hat die Kirche die Lehren von Kopernikus und Galilei verdammt. Heute scheinen die Kirchenführer zum großen Teil nicht in der Lage zu sein, die 'Kopernikanische Wende in der Ethik' nachzuvollziehen. Dabei hätten gerade sie die Möglichkeit, dem GRUNDGESETZ DER SCHÖPFUNG weltweit Anerkennung zu verschaffen.

Die Möglichkeiten des Einzelnen

Es stellt sich die Frage, was der Einzelne dazu beitragen kann, daß das GRUNDGESETZ DER SCHÖPFUNG ins allgemeine Bewußtsein dringt und damit die Durchsetzung eines GRUNDGESETZES ZUR SICHERUNG DES LEBENS überhaupt erst möglich wird. Dabei stößt man auf die Tatsache, daß manche Einstellungsänderung, die in den vergangenen Jahrzehnten stattgefunden hat, erschwerend wirkt. Der Mensch wurde viel zu stark auf die Ausrichtung seines Lebens nach seinen eigenen Bedürfnissen geprägt. Dabei ging ihm der Blick dafür verloren, daß er nur ein winziges Teil - räumlich und zeitlich gesehen - in der Gesamtheit der Schöpfung darstellt, daß er aber - wegen seiner zu großen Zahl und seiner technischen Möglichkeiten - das Gleichgewicht des Lebens in bedenklichem Maße verschieben kann.

Hier muß also die 'Kopernikanische Wende in der Ethik' ansetzen. Um mit Erich Fromm zu sprechen: Man muß der Lebenshaltung des 'Seins' vor der des 'Habens' Vorrang verschaffen. - Wir haben für diese Wende, wenn überhaupt, nicht mehr viel Zeit! - Gibt es überhaupt noch Hoffnung? - Oder verkennen Optimisten nur den 'Ernst der Lage'?

Illusionen, daß die uns gestellte Aufgabe leicht sei, dürfen wir uns nicht machen. Aber nur, wenn wir Hoffnung haben, besitzen wir auch die Kraft, um die Änderungen herbeizuführen. Am 3. August 1986 brachte der NDR im Fernsehen eine Sendung von Gerhard Bott mit dem Titel "ABSAGE AN DEN WELTUNTERGANG - Die Hoffnung der neuen Optimisten". Hier argumentierte Bott: "Wie das Sein unser Bewußtsein bestimmen kann, so kann - im dialektischen Wechsel - das Bewußtsein auch das Sein bestimmen und verändern." Es kommt also auch nach seiner Auffassung auf die Bewußtseinsänderung an.

Als Schlußwort dieser Sendung, das auch als Schlußwort dieses Beitrages gelten kann, sagte Professor Willis Harman, Ingenieurwissenschaftler an der Stanford Universität in Kalifornien: "Es gibt zwei Arten von Optimismus: Eine, als Mutmaßung über die Zukunft. Nun, ich weiß nicht, ob wir uns selbst in die Luft jagen werden oder nicht."

"Was ich indessen weiß, ist, wie wir aus dem gegenwärtigen Schlamm herauskommen. Wir haben das nötige Wissen, wir haben alle Mittel, wir brauchen nur noch mehr Menschen, die 'erwachen'. Was unser Potential, unsere Entwicklungsmöglichkeiten betrifft, da bin ich durchaus Optimist. Was die Wahrscheinlichkeit angeht, ob wir uns nicht vorher in die Luft jagen, das weiß ich auch nicht; aber

Fortsetzung auf Seite 11

das ist auch keine sehr fruchtbare Frage. Die angemessene Frage ist: Wo investiere ich mein Leben, um die Zukunft zu schaffen, die wir alle wünschen."

Schulze, Lothar: "Das 'Grundgesetz der Schöpfung' und die Nachrüstung" (Skizze - nur für die Mitglieder der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V. publiziert) in "VDW intern" 70, Sept. 1983, S. 7 - 10. Kopien davon können vom Verfasser gegen Einsendung von DM 1,50 in Briefmarken bezogen werden.
Anschrift: Dr. Lothar Schulze, Eichenplan 1, 3000 Hannover 51

Beitrittserklärung

für die Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik e.V. - GZS - Rotthausen Straße 97
D-4650 Gelsenkirchen 1 - Telefon: 0209/135286

§ II (Zweck) der GZS-Satzung: "Der Verein versucht, wo immer es geht, auf Gefahren und Probleme der internationalen Gesellschaft hinzuweisen und ist bestrebt, mit Methoden der Zukunftsforschung an alternativen Lebens- und Überlebenskonzeptionen mitzuarbeiten. Es soll nach Alternativen geforscht werden, mit dem Ziel, den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entscheidungsträgern Orientierungs- und Entscheidungshilfen zu geben."

Darüber hinaus ist die GZS bestrebt, die Bewußtseinsbildung über Zukunftsfragen in der Bevölkerung zu fördern und aktives Handeln für wünschenswerte Zukünfte zu provozieren. Die GZS versucht dieses über selbst organisierte Veranstaltungen, gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Herausgabe der Zeitschrift "Blickpunkt Zukunft".

Die GZS korrespondiert mit zahlreichen Institutionen wie z.B.: Zukunftswerkstatt, Tübingen; Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.; ÖKO-Institut e.V.; Gottlieb Duttweiler Institut, Rüschlikon (Schweiz); Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Berlin (West); Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen, Bonn; Schweizerische Vereinigung für Zukunftsforschung; Studiengruppe Entwicklungsprobleme der Industriegesellschaft e.V.; Association Internationale Futuribles, Paris; World Future Society, USA und viele andere.

Zudem werden intensive Korrespondenzen und Gespräche mit Wissenschaftlern unterschiedlichster Disziplinen gepflegt.

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Wohnort, Telefon

Ort, Datum, Unterschrift

Meine Mitgliedschaft soll beginnen am: _____ 19 _____

Ich bin an aktiver Mitarbeit interessiert: _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Jahr DM 40,--;
für Studenten, Schüler, Arbeitslose, Rentner DM 15,--.

Eine Mitgliedschaft kann jederzeit ohne Angabe von Gründen beendet werden!

Bei Mitgliedschaft erhalten Sie folgende Leistungen:

- Kostenfreies Abonnement der Zeitschrift "Blickpunkt Zukunft".
- Einladungen zu allen GZS-Veranstaltungen.
- Regelmäßige Mitgliederinformationen.

Büchervorschläge zur Zukunftsdiskussion

Rolf Kreibich:

Die Wissenschaftsgesellschaft

Von Galilei zur High-Tech-Revolution

Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M., Juni 1986

Ln. ISBN 3-518-57760-3 804 Seiten, DM 88,--

Kt. ISBN 3-518-57761-1 804 Seiten, DM 58,--

Die Wissenschaftsgesellschaft wird vom Suhrkamp Verlag folgendermaßen angekündigt:

Die Wissenschaftsgesellschaft ist eine breit angelegte Analyse mit dem Ziel, die zentralen Bewegungskräfte der Industriegesellschaft und ihre gegenwärtig zu beobachtenden Transformationen in eine 'postmaterielle Gesellschaft' zu erhellen. Über das umfangreiche Material, an dem Rolf Kreibich die rasante Entfaltung der Produktivkraft 'Wissenschaft und Technologie' seit der Entstehung der modernen Wissenschaft an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert aufzeigt, erschließt sich ein evolutionärer Entwicklungsprozeß der wissenschaftlichen Wissensproduktion und Wissensverwertung als treibendes Moment des gesellschaftlichen Wandels und der globalen Verteilung von Einfluß und Macht.

Wenn etwa Alvin Tofflers *Zukunftschance* oder John Naisbitts *Megatrends* in grellen Farben leuchtende Zukunftsbilder der technologischen, ökologischen und sozialen Entwicklung fortgeschrittener Industrieländer entstehen lassen und diese hauptsächlich an Oberflächentrends in den USA und Japan festgemacht werden, so liegt mit diesem Buch eine eher nüchterne, dafür um so tiefer schürfende Analyse jener Bewegungskräfte und Mechanismen vor, die die Megatrends, Zukunftsschocks und Zukunftsperspektiven bewirken.

Genauer formuliert: die auf Mikroprozessoren, Informations- und Kommunikationstechnologien, Computern, Biotechniken und technologischer Hochrüstung basierenden Zukunftsbilder sind weder das Ergebnis gezielter politischer Steuerungen noch zufälliger Informationsproduktion, sondern Ausfluß der auf der speziellen wissenschaftlichen Wissensproduktion beruhenden Denk- und Handlungsmuster der Industriegesellschaft. Vor diesem Hintergrund sind auch die mit Schlagworten wie Technologietransfer, Innovationsmanagement oder Innovationsmarkt oder die mit dem Silicon Valley- bzw. Silicon Wedding-(Berlin-Wedding-)Fieber verbundenen High-Tech-Unternehmensgründungen lediglich eine logische Folge der grundlegenden Entwicklungsdynamik wissenschaftlicher Wissensproduktion und einer an olympischen Kategorien technischer und ökonomischer Höchstleistungen orientierten Wirtschaftspolitik. Das gilt in gleicher Weise für die wissenschaftliche Wissensproduktion und Wissensverwertung im Rahmen des Manhattan-Projektes zur Entwicklung und Herstellung der ersten Atombombe, bei der Entwicklung von Marschflugkörpern, Aufklärungssatelliten sowie der fieberhaft betriebenen Hochrüstungsstrategie im Weltall (SDI), also einer an Kategorien militärischer Höchstleistungen orientierten Verteidigungspolitik.

Wegen dieser grundlegenden Bedeutung der wissenschaftlichen Wissenproduktion charakterisiert der Begriff 'Wissenschaftsgesellschaft' viel genauer als alle anderen die Grundlage heutiger Industriegesellschaften.

Anmerkungen von Werner Mittelstaedt (Blickpunkt Zukunft-Redaktion):

Zielgruppe: Alle zeitbewußten Leser! Unentbehrlich für Wissenschaftler unterschiedlichster Disziplinen und Studenten. Ebenfalls sollte 'Die Wissenschaftsgesellschaft' von Rolf Kreibich für viele Politiker zur selbst auferlegten Pflichtlektüre werden, denn diese breit angelegte Analyse vermittelt viel mehr als nur grundlegende Orientierung in der Vielschichtigkeit und Vernetztheit der wissenschaftlichen Wissensproduktion, sondern ordnet und klärt die Bewegungskräfte in den Industriegesellschaften; 'Die Wissenschaftsgesellschaft' dient als Orientierungsquelle für diejenigen.

Fortsetzung auf Seite 12

die im ausgehenden 20. Jahrhundert die Weichen für die Industriegesellschaft des 21. Jahrhunderts stellen werden. Eine wissenschaftliche Wissensverwertung, die zur Bewältigung der vielschichtigen Probleme der Menschheit beitragen und die Industriegesellschaften ökonomisch überlebensfähig halten will, benötigte eine Analyse, wie sie nun mit Rolf Kreibichs 'Die Wissenschaftsgesellschaft' vorliegt.

Wichtiger Hinweis der Redaktion:

Wegen der besonderen Bedeutung von Rolf Kreibichs 'Die Wissenschaftsgesellschaft', auch für die Zukunfts- und Friedensdiskussion, wird sich die nächste Ausgabe von „Blickpunkt Zukunft“ (Februar 1987) ausschließlich mit dieser Publikation beschäftigen.

Klaus Traube u.a.

Nach dem Super-GAU

Tschernobyl und die Konsequenzen

Rowohlt Verlag (rororo aktuell 5921) DM 8,80

Dieses Buch wird folgendermaßen angekündigt:

Tschernobyl - der erste Super-GAU der jungen Atomära. Er hätte sich auch im britischen Windscale, im deutschen Brunsbüttel, im amerikanischen Harrisburg ereignen können, der 'Größte Anzunehmende Unfall': da schmilzt der Reaktorkern, da werden die giftigsten (und langlebigsten) radioaktiven Stoffe freigesetzt: Strontium 90, Xenon 139, Kobalt 60 und die Supergifte Plutonium und Jod 129. Jedesmal wird das Waffenarsenal der Menschheitskrankheit Krebs aufs neue gewaltig vergrößert. Der Mensch vergiftet sich und die Erde auf Jahrtausende.

Die Bundesregierung in Bonn ist in die Falle getappt. Aus Begeisterung darüber, den Sowjets schlechte Reaktoren und eine katastrophale Informationspolitik vorwerfen zu können, mußte sie (nach Osten) die Gefahr benennen und sie (nach Westen) herunterspielen. Nun setzt die Beschäftigungskampagne ein. Dem Schock folgt die Entwarnung. Dem will dieses Buch entgegenwirken. Es informiert aufklärerisch und gut verständlich über die Folgen von Tschernobyl und über die Möglichkeiten, was lokale Initiativen nach Tschernobyl tun können.

Mit Beiträgen von Erhard Eppler, Klaus Traube, Rainer Grießhammer, Lutz Mez, Ewald Gaul, Unrike Fink u.a.

IMPRESSUM

Hrsg: Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik e.V.-GZS
Rothhauser Straße 97 — D-4650 Gelsenkirchen 1
Telefon: 0209/135286

Redaktion: Werner Mittelstaedt (Chefredaktion, Layout, Herstellung)
Frank Eckardt (Vertrieb), Karl Heinz Franke (Vertrieb), Mechthild Mittelstaedt (stellvertr. Chefredaktion), Peter Mittelstaedt (stellvertr. Chefredaktion u. Schlußredaktion), Stefan Patz (Vertrieb)

Abonnementpreis: 5,— DM inkl. Versandkosten pro Ausgabe

Erscheinungsort: Gelsenkirchen

Erscheinungsweise: Jährlich 2 - 3 Ausgaben in unregelmäßiger Zeitfolge.

Preis: 4,— DM (Ab 5 Exemplare 2,— DM pro Exemplar)

Druck: Druckerei G. Kublin, Haydnstraße, D-4650 Gelsenkirchen 1

- Signierte und mit Namen versehene Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

- Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.
Auszugsweiser Nachdruck erlaubt unter Angabe der Quelle!
(Belegexemplar erwünscht!)

Die Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik e. V.

Eine Kurzdarstellung

Die Gesellschaft für Zukunftsmodelle und Systemkritik e.V. (GZS) ist laut ihrer Satzung auf folgenden Zweck ausgerichtet: „Der Verein versucht, wo immer es geht, auf Gefahren und Probleme der internationalen Gesellschaft hinzuweisen und ist bestrebt, mit Methoden der Zukunftsforschung an alternativen Lebens- und Überlebenskonzeptionen mitzuarbeiten. Es soll nach Alternativen geforscht werden, mit dem Ziel, den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entscheidungsträgern Orientierungs- und Entscheidungshilfen zu geben.“ Darüber hinaus belebt die GZS die allgemeine Zukunfts- und Friedensdiskussion durch Veranstaltungen und Publikationen. Die GZS arbeitet mit den Instrumenten der kritischen, aufklärerischen sowie intuitiven Zukunftsforschung. Dieses wird ermöglicht, weil die GZS über sehr gute Kontakte zu Zukunfts- und Friedensforschern verfügt, die oftmals unentgeltlich für die GZS Veranstaltungen mitgestalten oder Beiträge zur Veröffentlichung bereitstellen. Zudem ist der Leiter der GZS seit über einem Jahrzehnt selbst mit den Fragen der Zukunfts- und Friedensforschung beschäftigt.

Die GZS ist eingebunden im weltweiten Netzwerk der Organisationen, Vereine oder Gruppierungen, die in Theorie und Praxis daran arbeiten, daß die multidimensionale Krise des ausgehenden 20. Jahrhunderts gemeistert wird und sich die Transformationsprozesse, die in Richtung einer ökologisch intakten, humanen und global gerechteren Weltgesellschaft zeigen, sich beschleunigen.

Die GZS ist weder politisch, religiös, rassistisch noch ideologisch befangen und möchte primär dazu beitragen, daß das *allgemeine Bewußtsein* für ein zukunftsorientiertes Denken und Handeln so geschärft wird, damit mehr Menschen die multidimensionale Krise der Menschheit als Herausforderung erkennen - eine Herausforderung, bei der es auf jeden Einzelnen ankommt.

Anstatt „Prognosen für die Zukunft zu geben“, bevorzugt die GZS das Hinterfragen von Problemen und Krisen und versucht, Aufklärung zu liefern. Dieser Ansatz beinhaltet gleichzeitig *Systemkritik* und liefert auch *Modelle und Perspektiven für wünschenswerte Zukünfte*.

Arbeitsschwerpunkte:

- * Darstellungen der Friedensproblematik.
- * Wirtschaftssysteme, Wachstumswahn und die Grenzen des Wachstums.
- * Aufklärung über die Zukunftsfragen der Dritten Welt.
- * Zukunftsprobleme in den Industriegesellschaften (Arbeitslosigkeit, Ausländerfeindlichkeit, Vereinsamung, Sinnentleerung, Technologiefolgen u.a.)
- * Aufklärung über die Möglichkeiten und Inhalte eines nachindustriellen Gesellschaftsparadigmas.

Arbeitsnachweise:

- * Seit Gründung (März 1977) ca. 22 gelungene Veranstaltungen, die der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden und in denen Referenten zu Themen der Zukunfts- und Friedensdiskussion informieren und anschließend darüber diskutieren lassen.
- * Seit dem Jahre 1981 wird die Zeitschrift „Blickpunkt Zukunft“ von der GZS herausgegeben, die bundesweit und zum Teil im Ausland gelesen und mittlerweile nicht nur von Insidern aus der Zukunfts- und Friedensforschung und allgemein interessierten Kreisen geschätzt wird, sondern auch von Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Politik auf Anerkennung stößt.

Mitarbeiter:

Leitung: Werner Mittelstaedt — weitere Mitarbeiter, die zeitweise (auf Abruf) für die GZS Aufgaben abwickeln. Geschäftsführung: Peter Mittelstaedt

Bitte unterstützen Sie die Überlebensfähigkeit der GZS durch eine Mitgliedschaft! Auf Seite 11 in dieser Ausgabe finden Sie eine Beitrittserklärung! Mitgliedsbeitrag pro Jahr: DM 40,—; auf Antrag DM 15,— — Mitgliederstand: 01.10.1986: 30